

RATS Kompass

AUSGABE #1|2019

Sicherer Hafen: Der Rat hat per Beschluss die Bereitschaft zur zusätzlichen Aufnahme von Flüchtlingen erklärt, die in Seenot geraten sind. Damit folgt Hannover über 50 deutschen Kommunen, die früher als die Niedersachsenmetropole ein politisches Zeichen der Humanität und gegen Fremdenfeindlichkeit gesetzt haben ...

↳ Seite 3

Vorläufige Rettung: 18 Pächter*innen der Kleingartenkolonie Friedenau dürfen zumindest vorläufig weiter in ihren Häuschen wohnen und die Parzellen bewirtschaften. Die politische Auseinandersetzung um die grünen Großstadtoasen geht in eine neue Runde ...

↳ Seite 4

Ohne Obdach: In Hannover fehlt bezahlbarer Wohnraum. Bereits 500 mittellose Menschen leben in der Landeshauptstadt auf der Straße. Der Widerstand gegen steigende Mieten sowie den Bau weiterer hochpreisiger Wohnungen wächst allorten, auch in der Nordstadt ...

↳ Seite 6 bis 7

Starke Stadtbezirksratsarbeit: Egal ob Gebäudeschäden durch Stadtbahnverlängerung, fragwürdige Hochbahnsteigplanungen, fehlende Buswartehäuschen oder Fußgängerampeln - LINKE wie PIRATEN kümmern sich in den Stadtteilen intensiv um Verkehrsfragen. Und sie streiten vor Ort auch für andere Anliegen von der Cannabis-Legalisierung bis zur Friedenspolitik ...

Seiten

↳ Seiten 9 bis 11



Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten die neue Ausgabe des Ratskompass in den Händen. Die Gruppe LINKE & PIRATEN möchte Sie damit wieder über Neues aus dem Rat informieren.

Rasant steigende Mieten in der Landeshauptstadt sind auch eine Folge des Mietspiegels, der nach unserer Auffassung mangelhaft ist. Warum die Interessen der Mieter*innen zu kurz kommen, erläutert ein Beitrag.

Auf Druck unserer Ratsgruppe dürfen die Kleingärten*innen der Kolonie Friedenau in Hainholz vorerst ihre Parzellen behalten. Das Ampelbündnis versucht, die Laubenpieper*innen zu vertreiben. Wir berichten darüber, wie das geschieht, und über die Gegenwehr.

Angesichts zweier Kältetoter fordert die Ratsgruppe erneut, Obdachlosen mit niederschwelligen Wohnraumboten zu helfen. Sie meiden oft die überfüllten Unterkünfte, auch weil sie dort beklaut werden und Hunde verboten sind. Lesen Sie den Bericht über erste sogenannte Housing-First-Wohnungen, die das Problem lösen könnten, wenn die Stadtverwaltung genug davon bauen ließe.

Sabine Wegmann, ehemalige Leiterin der Beratungsstelle gegen häusliche Gewalt der Arbeiterwohlfahrt und beratendes Mitglied im Gleichstellungsausschuss, spricht im Interview über das Gendersternchen und den

dringenden Bedarf an Plätzen in Frauenhäusern.

Auf Initiative der Ratsgruppe wird Hannover ein „Sicherer Hafen“ für in Seenot geratene Menschen. Ein anderer Artikel beleuchtet, wie die Anwohner*innen der Göttinger Landstraße beim Ausbau der Stadtbahnlinie 7 nach Hemmingen-Westerfeld über den Tisch gezogen werden. Weitere Beiträge auch aus den Stadtbezirksräten runden die Berichterstattung ab.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und ein schönes Frühjahr in unserer lebens- und liebenswerten Stadt.

Ihr

Dirk Machentanz

Gruppenvorsitzender
LINKE & PIRATEN
im Rat der Landeshauptstadt

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Gruppe DIE LINKE & PIRATEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Schmiedestraße 39, 30159 Hannover, Tel.: 0511 168 326 00, Fax: /-326 08
Email: linke.piraten@hannover-rat.de

Redaktion:

Michael Fleischmann
Hendrik de Boer
V.i.S.d.P.: Dirk Machentanz

Hannover ist jetzt „Sicherer Hafen“ für Menschen in Seenot



Foto: Bruno Adam Wolf



Foto: Bruno Adam Wolf



**„Das ist ein
deutliches
Zeichen gegen
die steigende Frem-
denfeindlichkeit und
das Sterben im Mittel-
meer.“**

Bruno Adam Wolf
(PIRATEN),
stellv. Vorsitzender
der Ratsgruppe, war ehren-
amtlich Kapitän eines zivil-
en Seenotrettungsschiffes

Die Landeshauptstadt wird ein „Sicherer Hafen“ für in Seenot geratene Menschen. Auf Initiative der Ratsgruppe LINKE & PIRATEN stimmten die Politiker*innen im Internationalen Ausschuss des Rates nach monatelangem Hin und Her dafür. „Das ist ein deutliches Zeichen gegen die steigende Fremdenfeindlichkeit und das Sterben im Mittelmeer“, betont Bruno Adam Wolf (PIRATEN), der das Thema im Rat angesprochen hatte. „Dieser historische humanitäre Beschluss ist seit Jahren einer der wich-



Foto: Bruno Adam Wolf

tigsten für unsere Stadt.“ Das Ampelbündnis hatte sich lange dagegen gesträubt und immer wieder Beratungsbedarf angemeldet.

Laut Gruppenantrag soll die Stadt der Bundesregierung die Aufnahme von Menschen anbieten, die übers Mittelmeer aus Krisengebieten geflüchtet und in Seenot geraten sind und von zivilen Rettungsorganisationen geborgen wurden. Beschlossen wurde schließlich ein Änderungsantrag des Ampelbündnisses. Der Rat sei weiterhin bereit, Geflüchteten Obdach und Hilfe zu gewähren und verstehe sich in diesem Sinne als „Sicherer Hafen“, heißt es dort. Bisher haben sich allein in Deutschland rund 50 Kommunen wie Hamburg und Köln zum Sicheren Hafen erklärt.

Die rechte italienische Regierung weigert sich, in Seenot Geratene an Land zu lassen und begründet das mit der Abschottungspolitik Europas. Malta verhält sich ähnlich abschottend. Es gebe niemanden, der die Menschen aufnehmen will, behauptet die italienische Regierung. „Das stimmt nicht“, widerspricht Bruno Adam Wolf. „Wir und viele andere Städte und Gemeinden wollen sie

ausdrücklich!“ Für Geflüchtete in Seenot wird es immer schwieriger, sichere Orte zu finden, um der Todesgefahr zu entgehen. Zahlreiche internationale Abkommen schreiben zwar zwingend vor, diesen Menschen zu helfen. Europäische Regierungen stellen aber nicht nur zum Teil jede staatliche Seenotrettung ein, sondern kriminalisieren auch Seenotshelfer*innen und verhindern deren Arbeit.



Foto: Bruno Adam Wolf

Klatsche fürs Ampelbündnis: Kleingärtner*innen dürfen vorerst ihre Parzellen behalten



„Angesichts der heutigen großen Wohnungsnot sollte Wohnen in Kleingärten nicht nur geduldet, sondern legalisiert werden.“

Dirk Machentanz (LINKE),
Vorsitzender
der Ratsgruppe



„Die Stadt will die Kleingärtner unter allen Umständen loswerden, mutmaßlich hat sie das Gelände schon einem Unternehmen versprochen.“

Brigitte Falke (LINKE),
stellv. Vorsitzende
sowie Finanz- und
Wirtschaftspolitikerin
der Ratsgruppe



„Die Kleingärten sind eine wichtige Frischluftschneise. Die Parzellen zuzubauen, verbietet die dicke Luft in der Landeshauptstadt.“

Bruno Adam Wolf
(PIRATEN),
stellv. Vorsitzender und
Umweltpolitiker
der Ratsgruppe

Die Kleingartenkolonie Friedenau in Hainholz bleibt vorerst bestehen. Auslöser für die überraschende Wende im Streit um die 18 Gärten war der Wunsch der Ratsgruppe LINKE & PIRATEN, den Beschluss über die Kündigung der Parzellen zu vertagen. Ein taktischer Zug, um die Gärten zu retten. Die SPD hielt im Rat dagegen, wollte eine Entscheidung durchsetzen, bekam dafür aber keine

Mehrheit. 30 Ratsleute stimmten dafür, dass die Kündigung behandelt wird, 30 Politiker*innen sahen keine Eile. Wegen des Patts war der Antrag abgelehnt. Rund 20 Kleingärtner*innen, die auf der Gästertribüne des Ratssaals Platz genommen hatten, spendeten tosenden Applaus. Sie wurden zuvor im Umweltausschuss von Phillip Kreis (SPD) und dem mittlerweile aus dem Rat ausgeschiedenen Patrick Drenske (Grüne) als „unsoziales“ und „nicht solidarisches Volk“ bezeichnet, das nur die eigenen Interessen im Blick habe. Die Stadtverwaltung hätte den Laubenpieper*innen bis Anfang Februar 2019 kündigen müssen, damit die Parzellen bis Ende November geräumt werden.

Das Ampelbündnis plant, das Koloniegelände an der Schulenburger Landstraße als Gewerbegebiet zu vermarkten. „Die Stadt hat das Gelände wohl schon einem Unternehmen versprochen“, vermutet Wirtschaftspolitikerin Brigitte Falke (LINKE) „und will deshalb die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner unter allen Umständen loswerden.“ Dafür spricht, dass die Drucksache erneut in den Umweltausschuss kommen soll. Umwelt- und Wirtschaftsdezernentin Sabine Tegtmeyer-Dette (Grüne) und die Ampelpolitiker*innen hoffen dann auf eine Mehrheit für eine Kündigung der Parzellen im nächsten Jahr. Zumal es dort nach den Worten der Umweltdezernentin illegale Klärgruben gibt, die das Grundwasser verseuchen. „Das ist gelogen“, sagt Gruppenvize Bruno Adam Wolf (PIRATEN).



„Die Stadt hat die Klärgruben bisher jedes Jahr geprüft und abgenommen. Bezahlen mussten das die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner“, stellt er klar.

Die Ratsgruppe kämpft vehement für den Erhalt der Gärten. Es handele sich um eine wichtige Frischluftschneise, argumentiert Umweltpolitiker Wolf, die nicht zugebaut werde dürfe. Er verweist auf die dicke Luft in Hannover. Die Landeshauptstadt hat es bis heute nicht geschafft, den EU-Grenzwert für Stickstoffdioxid von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft einzuhalten und sieht sich deshalb mit einer Klage der Deutschen Umwelthilfe konfrontiert.

Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz (LINKE) benennt einen weiteren Aspekt. Nach dem 2. Weltkrieg habe man angesichts der zerbombten Stadt Menschen in Kleingartensiedlungen offiziell wohnen lassen. Das ist historisch gewachsen. So wohnt ein Ehepaar seit über 20 Jahren mit offizieller Postadresse in der Kolonie Friedenau, zahlt regelmäßig Grundsteuern, Gebühren für Müllabfuhr, Straßenreinigung, Strom und Wasser. Das Paar hat fast sein ganzes Vermögen in Kauf und regelmäßige Sanierung des Objektes gesteckt. Bei Kündigung stünden die nun 71-jährigen auf der Straße. „Angesichts der heutigen großen Wohnungsnot sollte Wohnen in Kleingärten nicht nur geduldet, sondern legalisiert werden“, fordert Baupolitiker Machentanz.

Rat will nicht gegen umstrittenes Polizeigesetz vorgehen



Bild von fshH auf Pixabay

Der Rat hat mit den Stimmen der anderen Parteien einen gemeinsamen Antrag der Ratsgruppe LINKE & PIRATEN und der „Fraktion“ gegen das geplante niedersächsische Polizeigesetz abgelehnt. Der Oberbürgermeister solle sich bei der Landesregierung dafür einsetzen, dass das Gesetz nicht beschlossen und umgesetzt wird, heißt es im Antrag. Die Ratsgruppe befürchtet „schwerwiegende“ Eingriffe in

und bis zu 35 Tage einsperren. Das nennt sich „Vorbeugehaft“. Auch andere Sanktionen wie elektronische Fußfesseln können dann gegen Menschen verhängt werden, ohne dass diese eine Straftat begangen haben. Um Verdächtige auszuspähen, soll die Polizei Spionagesoftware, sogenannte „Staatstrojaner“, einsetzen dürfen. Befürworter*innen der geplanten Gesetzesverschärfungen behaupten, all das würde

die Grundrechte. Auch Rechtswissenschaftler*innen und Bürgerrechtler*innen schlagen Alarm. Die Polizei würde mit dem neuen Gesetz deutlich Befugnisse erhalten. Sie kann Verdächtige, sogenannte „Gefährder“, benennen, überwachen

der Terrorabwehr und so der Sicherheit der Einwohner*innen dienen. LINKE & PIRATEN bezweifeln, dass diese Maßnahmen für mehr Sicherheit sorgen, indem sie die Freiheit einschränken. Die derzeitigen Instrumente der Polizei seien völlig ausreichend, sagt Thilo Weichert, ehemaliger Datenschutzbeauftragter von Schleswig-Holstein. Die Ratsgruppe befürchtet, dass künftig vermehrt unbescholtene Bürger*innen und politische Aktivist*innen ins Visier der Polizeibehörden geraten.

Nach der heftigen Kritik und verfassungsrechtlichen Bedenken, die auf Demonstrationen und von Fachleuten geäußert wurden, gab es minimale Korrekturen am Gesetzentwurf. Über den Einsatz von elektronischen Fußfesseln, Kontaktverboten oder Aufenthaltsvorgaben soll nun die Polizei nicht allein ohne Zustimmung einer Richterin oder eines Richters entscheiden dürfen. Die sogenannte Vorbeugehaft wurde von 74 auf 35 Tage verkürzt. Die Neufassung des Polizeigesetzes ist ein zentrales Projekt der SPD/CDU-Koalition im Niedersächsischen Landtag.

Ratsherr Veli Yildirim neuer Vorsitzender der Alevitischen Gemeinde Hannover und Umgebung e.V.



„Ich freue mich sehr, künftig nicht nur auf Ratsebene integrierend zu arbeiten, sondern auch praktisch als Vorsitzender der hiesigen Alevitischen Gemeinde, die ich transparent in die Gesellschaft hinein vertreten will.“

Veli Yildirim (LINKE), Integrations- und Kulturpolitischer Sprecher der Ratsgruppe

Die Alevitische Gemeinde in Hannover und Umgebung e.V. hat am Sonntag, 7. April 2019, turnusmäßig ihren Vorstand gewählt. Neuer ehrenamtlicher Vorsitzender ist Veli Yildirim, der als hannoverscher Ratsherr die Gruppe LINKE & PIRATEN unter anderem in den Ausschüssen für Integration, Europa und internationale Kooperation sowie Kultur vertritt.

Die Alevit*innen sind in der Türkei stark vertreten und bilden dort die zweitgrößte Religionsgruppe. In mehr als 4.000 Gemeinden der Türkei stellen die Alevit*innen mehr als 50 Prozent der Bevölkerung. Alevit*innen sind bis heute Zielscheibe zahlreicher Pogrome, Anschläge und Diskriminierungen.

In Deutschland leben rund 500.000 Alevit*innen, zumeist aus der Türkei stam-

mend. In der Alevitischen Gemeinde in Hannover und Umgebung, die wie andersorts als eingetragener Verein organisiert ist, umfasst die Mitgliederzahl rund 800 Personen. Diese vertreten den Laizismus, nach dessen Lehre es eine Trennung zwischen Religion und Staat gibt.

„In meiner Funktion als integrationspolitischer Sprecher im Rat ist es mir ein Anliegen, einen einigenden Effekt in Bezug auf unterschiedliche Nationalitäten und Religionen in Hannover zu erzielen“, sagt der integrations- sowie kulturpolitische Sprecher der Ratsgruppe Veli Yildirim (LINKE). Und weiter: „Ich freue mich sehr, künftig nicht nur auf Ratsebene integrierend zu arbeiten, sondern auch praktisch als Vorsitzender der hiesigen Alevitischen Gemeinde, die ich transparent in die Gesellschaft hinein vertreten will.“

Kältetote: Obdachlose brauchen dringend ein Dach über dem Kopf



„Das Pilotprojekt zu Housing First mit den 15 Wohnungen ist zwar zu begrüßen, reicht aber bei weitem nicht aus. In Wien gibt es 352 Housing-First-Wohnungen. Das muss auch unser Maßstab sein.“

Dirk Machentanz (LINKE),
Vorsitzender und
Baupolitiker
der Ratsgruppe

Zwischen Januar und Anfang Februar 2019 sind zwei Kältetote in Hannover zu beklagen gewesen. Die Stadt betreibt zwar Obdachlosenunterkünfte, die aber sind menschenunwürdig. Sie sind überfüllt und lassen jede Intimsphäre vermissen.

In der Unterkunft an der Straße Alter Flughafen etwa müssen sich rund 80 Leute vier Waschbecken und vier Duschen teilen. Obdachlose werden in den Unterkünften immer wieder beläut und verlieren ihre Habseligkeiten. Hunde sind verboten. Kein Wunder, dass viele Wohnungslose auch bei klirrenden Minusgraden lieber auf der Straße kempieren. Insider schätzen die Zahl der Wohnungslosen in Hannover auf rund 4.000, von denen knapp 500 auf der Straße leben müssen – Tendenz steigend. Betroffen sind zunehmend auch Paare und Familien. Immer häufiger fräsen sich Matratzenlager ins Stadtbild.

Pilotprojekt „Housing First“

Um die Situation zu entschärfen, fordert die Ratsgruppe LINKE & PIRATEN seit langem von der Stadt niederschwellige Wohnungsangebote nach dem sogenannten Housing-First-Prinzip. Dabei können Obdachlose als Mieter*in in eine Wohnung einziehen, ohne zuvor diverse Hürden überwinden zu müssen. Sozialarbeiter*innen helfen, im Alltag wieder Fuß zu fassen. Die



Stadtverwaltung hat nach langem Zögern reagiert. Sie will zusammen mit der Stiftung „Ein Zuhause“ 15 solcher Wohnungen mit einer Durchschnittsgröße von 31 Quadratmetern im Karl-Imhoff-Weg in Vahrenwald errichten. „Dieses Pilotprojekt ist zwar zu begrüßen, reicht aber bei weitem nicht aus“, sagt Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz. Zum Vergleich: In Wien gibt es 352 Housing-First-Wohnungen. „Das muss auch unser Maßstab sein“, fordert er. „Auch der von uns schon lange angeordnete zweite Kältebus nach Berliner Vorbild ist längst überfällig“, ergänzt Veli Yıldırım (LINKE). Im Gegensatz zum Kältebus in Hannover können sich die Obdachlosen im Berliner Kältebus auch aufwärmen.

Nordstadt: Neues Wohnquartier bezahlbar gestalten



„Die vorgesehene Sozialförderung von 30% für die neuen Wohnungen auf dem Gelände reicht bei weitem nicht aus, um das zu erreichen, was nicht nur dieser Stadtteil, sondern die ganze Stadt braucht: Ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Alle!“

Fares Rahabi (LINKE),
stellv. Fraktionsvorsitzender
im Stadtbezirksrat
Nord

Steigende Mieten und damit einhergehende Verdrängungsprozesse (auch Gentrifizierung genannt) sind in Hannover ein immer größeres Problem. In Hannovers Nordstadt hat

nun die *Theo Gerlach Wohnungsbau-Unternehmen GmbH & Co. KG*, eine Branchengröße in Norddeutschland, das ca. 8.600 qm große Firmengelände des Sanitär- und Elektrogroßhändlers *Hermann Albert Bumke GmbH & Co. KG Hannover* gekauft. Ziel ist, das Gelände zu einem neuen Wohnquartier zu entwickeln - nach Standortverlegung der Firma Bumke Ende 2019.

Angesichts der Wohnraumknappheit ist dies generell zu begrüßen. Bewohner*innen



der Nordstadt befürchten jedoch, dass sich Normalverdiener*innen aufgrund der Renditeerwartungen des Investors hier keine Wohnung werden leisten können. Zudem ist wahrscheinlich, dass ein neues, hochpreisiges Wohngebiet mietpreissteigernd auf das weitere Wohnumfeld in der Nordstadt wirkt.

Deswegen regt sich Widerstand. Eine neu gegründete Initiative *Bumke selber machen - Netzwerk Wohnraum für Alle* →

diskutiert regelmäßig die Entwicklungen auf dem Gelände und beteiligt sich an den zahlreicher werdenden Aktionen der Mieter*innenbewegung, wie jüngst einem Fahrradkorso zu „Hotspots der Gentrifizierung“. Vor allem aber bringt sich die Initiative kollektiv in die von der Stadtverwaltung mit dem Investor vereinbarte Bürger*innenbeteiligung ein und motiviert so weitere Menschen, die Entwicklungen nicht einfach hinzunehmen. Unterstützt wird das Engagement der

Bürger*innen durch die Fraktion der LINKEN im Stadtbezirksrat Nord, die u.a. zwei Anfragen zum Thema gestellt hat und weiter öffentlich wirken will. Dazu der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Fares Rahabi: „Die vorgesehene Sozialförderung von 30% für die neuen Wohnungen auf dem Gelände reicht bei weitem nicht aus, um das zu erreichen, was nicht nur dieser Stadtteil, sondern die ganze Stadt braucht: Ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Alle!“ Und weiter: „Wir werden weiter politischen

Druck auf die Stadtpolitik ausüben und den laufenden Beteiligungsprozess kritisch begleiten. So gibt es im Zusammenhang mit der notwendigen Änderung des Bebauungsplans echte Einflussmöglichkeiten auf die weitere Entwicklung.“

Nähere Informationen über Aktionen und Termine der Initiative *Bumke selber machen* gibt es im Internet:

<https://bumkeselbermachen.home.blog>

Mietspiegel mangelhaft: Interessen der Mieter*innen kommen zu kurz



„Werden Mindeststandards nicht eingehalten oder Instandhaltungspflichten systematisch vernachlässigt, muss das im Mietspiegel als Wertminderung der Wohnung berücksichtigt werden. Dann können Mieterinnen und Mieter einen Abschlag bei der Miete vornehmen.“

Brigitte Falke (LINKE), stellv. Vorsitzende sowie Wirtschafts- und Finanzpolitikerin der Ratsgruppe

Einführung des Mietspiegels im Jahr 2011 spürbar weniger vor Gericht um Mietverträge prozessiert worden ist. Kritik gibt es aber an der Art und Weise, wie der Mietspiegel erstellt wird.

„Das Verfahren geht einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter“, sagt Ratsfrau Brigitte Falke (LINKE). Nicht nur, weil die Vermieter*innen die Mieten deutlich über der Inflationsrate anheben können. Falke fordert klar definierte Mindeststandards, die in den Wohnungen einzuhalten sind. Der Mietspiegel gebe etwa keine Auskunft darüber, ob ins Bad eine Dusche oder eine Badewanne als Mindestausstattung gehöre, erläutert sie. „So etwas muss geklärt werden. Sollten dann solche Mindeststandards unterlaufen, oder Instandhaltungspflichten systematisch vernachlässigt werden, ist das im Mietspiegel als Wertminderung der Wohnung zu berücksichtigen. Dann können Mieterinnen und Mieter einen Abschlag bei der Miete vornehmen“, betont Falke. Es gebe unzählige Berichte über defekte Gas- und Wasserleitungen, ausfallende Heizungen, Schimmel, undichte Dächer und andere Mängel. Warmes Wasser in der Küche sei zudem kein Ausstattungsmerkmal, das laut Mietspiegel den Wert der Wohnung im Sinne der Vermieter*innen er-

höht, sondern eine Selbstverständlichkeit, unterstreicht die Kommunalpolitikerin.

Für den Mietspiegel 2019 hat eine Kommission rund 5700 Mieten ausgewertet. Danach ist die sogenannte ortsübliche Vergleichsmiete in den Jahren 2016 und 2017 um durchschnittlich 6,1 Prozent auf 6,91 Euro gestiegen. Es handelt sich um die monatliche Nettokaltmiete pro Quadratmeter. Vor zwei Jahren lag der Wert in Hannover noch bei 6,52 Euro. Die einzelnen Vergleichsmieten weichen je nach Baujahr einer Immobilie, Lage und Ausstattung der Wohnung vom Durchschnittswert ab. Der Spitzenwert liegt bei 14 Euro, fällig für eine später als im Jahr 2010 gebaute Wohnung mit mindestens 85 Quadratmeter Fläche in guter Wohnlage, wenn zahlreiche Ausstattungskriterien erfüllt sind. Als gute Wohnlage gelten die innenstadtnahen Quartiere, der waldnahe Bereich um die Eilenriede oder Isernhagen-Süd.

Foto: Markus Vogelbacher / pixelio.de



Wenn Mietwohnungen nur von der Substanz zehren, bleibt am Ende nur der Abriss - Mieter*innen haben wenig Möglichkeiten dagegen vorzugehen.

Alle zwei Jahre verabschiedet der Rat den Mietspiegel für die Landeshauptstadt. Zuletzt geschehen Ende vergangenen Jahres bei Enthaltung der Ratsgruppe LINKE & PIRATEN. Der Mietspiegel informiert über die ortsübliche Vergleichsmiete, die den Rahmen für Mieterhöhungen absteckt. Die Ratsgruppe ist nicht grundsätzlich gegen dieses Verfahren, weil seit

Göttinger Chaussee: Planungsfehler und rücksichtsloses Vorgehen gegen Anwohner*innen bei Stadtbahnverlängerung



„Wir fordern Aufklärung, wie es zu diesem Desaster für die Anwohner*innen kommen konnte, die sofortige Reparatur aller Schäden und eine Entschädigung für den Werteverlust der Häuser.“

Andre Zingler (LINKE),
Ratsherr



„Ich sehe Planungsfehler und ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Anwohnerinnen und Anwohner.“

Bruno Adam Wolf
(PIRATEN),
stellv. Vorsitzender der
Ratsgruppe

der Stadtbahnlinie 7 nach Hemmingen-Westerfeld. Dafür braucht es Platz. Parallel zur Stadtbahntrasse verläuft ein Radweg, den die Stadt verbreitert hat.

„Wir fordern Aufklärung, wie es zu diesem Desaster kommen konnte, die sofortige Reparatur aller Schäden und eine Entschädigung für den Werteverlust der Häuser“, macht sich Ratsherr André Zingler (LINKE) für die betroffenen Hauseigentümer*innen stark. Umweltpolitiker Bruno Adam Wolf (PIRATEN) sieht ein Multi-Versagen von infra, Region Hannover als zuständiger Behörde für den Öffentlichen Nahverkehr und städtischem Bauamt. „Ich sehe Planungsfehler und ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Anwohnerinnen und Anwohner“, kritisiert der stellvertretende Gruppenvorsitzende Wolf.

Im Stadtbezirksrat Ricklingen versucht die dortige Gruppe LINKE & PIRATEN mit einer Anfrage an die Verwaltung, Licht in das Dunkel rund um die Bauentwicklung an der Göttinger Chaussee zu bringen.

Besonders betroffen ist das denkmalgeschützte Gebäude der ehemaligen Friedhofsgärtnerei. Die Hauswand ist nunmehr nur noch 75 Zentimeter vom Radweg entfernt. Fahren ein Lastwagen, ein Bus oder ein größeres Auto vorbei, „tanzen“ selbst im dritten Stock die Tassen und Teller auf dem Tisch. Das alte Gebäude bekommt immer mehr Risse und beginnt, sich auf einer



Fachleute nehmen die Schäden des denkmalgeschützten Gebäudes der ehemaligen Friedhofsgärtnerei in Augenschein.

Seite abzusinken. Das geschieht, weil eine von außen stützende Mauer im Zuge der Bauarbeiten weichen musste, obwohl ein Fundament fehlt. Das Gebäude steht auf Sand und Kellerwänden, ist fast einsturzgefährdet und zunehmend unbewohnbar. Die Eigentümerin, eine Ärztin, befindet sich seit zwei Jahren in einem Rechtsstreit mit infra und Region Hannover, die, wie das städtische Bauamt, jede Verantwortung von sich weisen. Die Ärztin hatte das Gebäude mit der schriftlichen Zusage gekauft, dass keine weitere Verkleinerung des Grundstücks droht. Später musste sie aber zusätzlich einen halben Meter für die Stadtbahntrasse abtreten.

Nicht wenige Hauseigentümer*innen an der Göttinger Chaussee stehen seit geraumer Zeit auf den Barrikaden. Sie haben ihre Vorgärten verloren, verbunden mit einer Wertminderung ihrer Häuser. Der Hintergrund: Die Infrastrukturgesellschaft der Region Hannover GmbH (infra) baut entlang der Göttinger Chaussee eine Schienenstrecke für die geplante Verlängerung



Linden-Limmer: Modellprojekt für legale Abgabe von Cannabis gefordert



Bild: Rudolpho Duba / pixelio.de

Hanf – eine uralte Nutz- und Heilpflanze

Der Stadtbezirksrat Linden-Limmer hat sich für ein Modellprojekt zur legalen Abgabe von Cannabis an Erwachsene in

Hannover, vorzugsweise in Linden-Limmer, ausgesprochen. Der Antrag dazu kam von PIRATEN-Bezirksratsherr Thomas Ganskow. CDU und SPD stimmten dagegen. Laut Antrag soll sich die Stadtverwaltung auf die Bewerbung Hannovers für ein solches Modellprojekt vorbereiten, sobald das rechtlich möglich ist.

Bezirksratsherr Ganskow begründet seinen Antrag mit einer wahrscheinlich bald neuen Rechtslage, was den Umgang mit Hanf als uralter Nutz- und Heilpflanze anbelangt. Vor dem Verbot Ende der 1920er Jahre waren Hanfprodukte nicht nur ein legales Genussmittel, sondern wurden auch gegen viele Krankheiten eingesetzt. Wissenschaftler*innen haben mittlerweile

nachgewiesen, dass Cannabis gegen rund 700 Leiden hilft.

Nun schickt sich die Suchtstoffkommission der Vereinten Nationen an, die Pflanze möglicherweise neu zu bewerten. Zumindest erwarten das viele Insider*innen. Das böte die Chance, ohne Zeitverzug ein Modellprojekt für die kontrollierte Abgabe in Hannover umzusetzen, erläutert Ganskow. Auch die Arbeitsgemeinschaft Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion habe sich für die legale Abgabe von Cannabis an Erwachsene im Rahmen kommunaler Modellprojekte ausgesprochen. Aktuelle Umfragen zufolge ist knapp die Hälfte der Befragten in Deutschland für eine Wiederlegalisierung des Hanfkonsums.

Misburg / Anderter Straße: Zusätzliche Fußgängerampel senkt Unfallrisiko

Aufgrund des Umzugs der Postfiliale in die Anderter Straße 18 erhält die Straße in unmittelbarer Nähe eine zusätzliche Fußgängerampel, damit man gefahrlos über die Straße gehen kann. Das teilte die Stadtverwaltung im Stadtbezirksrat Misburg-Anderten mit. Der Anstoß dazu kam von der Bezirksratsgruppe LINKE &

PIRATEN, welche die Bedarfsampel im Oktober vergangenen Jahres beantragt hatte. Wegen des Umzugs der Postfiliale überqueren heute viel mehr Menschen die Straße als früher. Nicht nur für Rentner*innen und Einwohner*innen mit Rolli oder Rollator ist das gefährlich. Die neue Fußgängerampel wird das Unfallrisiko deutlich verringern. „Dies ist besonders für mobilitätsein-

geschränkte Menschen eine erfreuliche Nachricht“, betont Gruppenvorsitzender Hans-Herbert Ullrich (LINKE). „Profitieren werden auch Schülerinnen und Schüler, die an dieser Stelle zahlreich die Straße auf dem Weg zum Unterricht überqueren“, ergänzt Jennifer Schnelle (PIRATEN). Grundschule, Realschule und Gymnasium liegen nahebei.

Ahlem: Bushaltestelle braucht Wartehäuschen



Die Stadtverwaltung soll sich bei üstra und RegioBus für Wartehäuschen an der Bushaltestelle „Am Asphaltberge“ in der Heisterbergallee in Ahlem einsetzen. Das fordert der Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt auf Antrag von Julia Grammel (LINKE). Die Wartehäuschen sollen Sitzbänke haben und an der Haltestelle stadtaus- wie stadteinwärts aufgebaut werden. „Viele Fahrgäste steigen hier ein und aus, um vor allem Einkäufe im nahen Discounter und/oder Drogeriemarkt zu erledigen“, erläutert Grammel. „Bald wird noch ein Supermarkt wiedereröffnet. Für wartende Fahrgäste ist ein Schutz vor Wind, Regen und Sonne überfällig.“

Die Geschäfte und zum Teil mobile Händler*innen mit Saisonartikeln wie Spargel und Erdbeeren decken nicht nur den Bedarf der Einwohner*innen aus Ahlem, sondern auch angrenzender Ortschaften außerhalb Hannovers. Mit dem Bus 581 in Richtung Velber/Stöcken und den Bussen 570 und 572 in Richtung Ahlem/Harenberg bedienen insgesamt drei Linien die Haltestelle. Mit den Wartehäuschen erhöhe Ahlem seine Attraktivität als Nahversorgungsgebiet und unterstütze klimafreundliches Einkaufen, heißt es im Antrag der linken Bezirksratsfrau.

Linden-Nord: Anhörung soll Klarheit zu geplantem Hochbahnsteig in Limmerstraße bringen



„Die Region hat nicht mit den Menschen vor Ort gesprochen. Auch deshalb brauchen wir die Anhörung.“

David Müller (LINKE),
Fraktionsvorsitzender im
Stadtbezirksrat
Linden-Limmer

Die Linksfraktion im Stadtbezirksrat Linden-Limmer hat eine Anhörung zum geplanten, im Stadtteil höchst umstrittenen Hochbahnsteig an der Offensteinstraße in der Limmerstraße beantragt. Das

Bauwerk soll damit, wie der zweite Hochbahnsteig an der Haltestelle Küchengarten, an einer vergleichsweise engen Stelle der Fußgängerzone errichtet werden. Die Bezirksratsfraktion will mit der Anhörung wichtige Fragen klären lassen, welche die Region als zuständige Behörde für den Öffentlichen Nahverkehr bisher nicht beantwortet hat. „Die Region hat nicht mit den Menschen vor Ort gesprochen“, kritisiert Fraktionsvorsitzender David Müller. „Auch deshalb brauchen wir die Anhörung.“ Es gab zwar einen Runden Tisch zum Thema mit Vertreter*innen von Stadtverwaltung und Verbänden, der aber tagte nicht-öffentlich hinter verschlossenen Türen.

Viele ungelöste Probleme

Viele Lindener*innen laufen Sturm gegen die beiden geplanten Hochbahnsteige in der Fußgängerzone. Geschäftsleute und Gastronomen kritisieren die massiven Bauwerke, weil sie direkt an ihre Läden grenzen und die Außenbereiche dann teils nur noch sehr eingeschränkt nutzbar sein würden. „Unter zurückgehenden Umsätzen werden vor allem die kleinen inhabergeführten Geschäfte leiden, von denen schon heute immer mehr aufgeben müssen“, vermutet David Müller. Er beklagt außerdem ein verschandeltes Stadtbild und sieht die Aufenthaltsqualität in der Lebensader von Linden-Nord deutlich beschädigt.

Zusätzliche Probleme sieht er beim Hochbahnsteig an der Offensteinstraße. Die umliegenden Gebäude sind mit Edeka und Sparkasse nah dran, hinzu kommt die Außenbewirtschaftung durch Geschäfte und Gastronomiebetriebe. „Wenn die Außenbewirtschaftung erhalten bleibt, wie gut kommen da dann noch die Rettungsfahrzeuge durch?“, fragt Müller. „Die Fahrzeuge müssen auch irgendwo abgestellt werden. Was ist, wenn dann die Stadtbahn kommt?“ Auch Radler*innen wären von einem Hochbahnsteig an der Offensteinstraße betroffen. Sie nutzen die Freifläche neben der Sparkasse für Fahrten in Richtung Ihme über die Dornröschenbrücke in die Nordstadt. „Was ist, wenn auf der Freifläche der Hochbahnsteig steht?“, formuliert der linke Bezirksratsherr eine weitere Frage, die er von der Region beantwortet haben möchte. Diese wichtige Radwegeverbindung werde vor allem morgens und nachmittags in beide Richtungen reichlich genutzt. „Dann fährt da alle zehn Sekunden eine Radlerin oder ein Radler entlang.“

Sollte die Anhörung zum Hochbahnsteig an der Offensteinstraße Klarheit bringen, kann sich Müller auch eine Anhörung zum geplanten Hochbahnsteig an der Haltestelle Küchengarten vorstellen. Die Linksfraktion im Bezirksrat fordert von der Region eine behindertengerechte Lösung für die Stadtbahn in der Limmerstraße, welche die genannten Probleme behebt.

Herrenhausen-Stöcken: Softwareentwickler Christian Vey neuer PIRATEN-Bezirksratsherr



PIRATEN-Bezirksrats herr Christian Vey ist überzeugter Fahrradfahrer und umweltbewusster IT-Experte.

Der 20. März 2019 war für Diplom-Physiker Christian Vey (42) ein besonderer Tag. Vor Freude etwas aufgeregt, fuhr der zweifache Vater am späten Nachmittag mit seinem Fahrrad vom heimischen Stadtteil

Ledeburg zur IGS in Stöcken. Um 18 Uhr begann dort in der Mensa eine Sitzung des Stadtbezirksrates, die 18. der seit 2016 laufenden Wahlperiode. Auf der Tagesordnung: Zunächst die Verabschiedung des bisherigen PIRATEN-Vertreters Friedrich Schneider und danach die Verpflichtung von Vey. Bereits bei der Aufstellung der Kandidatenliste im Jahr 2016 hatten die beiden PIRATEN einen Wechsel zur Mitte der Wahlperiode vereinbart.

Der gebürtige Hesse Vey zog vor fünf Jahren nach Hannover. „Meine Frau hatte hier

eine Stelle bekommen. Ich kündigte bei der Fraunhofer-Forschung, weil ich als qualifizierter Softwareentwickler leicht anderswo einen Job finden konnte. Außerdem war ich gerade mit unserem ersten Kind in Elternzeit“, sagt Vey. Und betont ergänzend: „Nicht nur zwei Alibi-Monate, sondern richtig. Auch bei unserem zweiten Kind ging ich als Mann in Elternzeit, konnte dabei Dank ‚Elternzeit Plus‘ aber in Teilzeit weiterarbeiten. Auch um den Haushalt kümmere ich mich genauso wie meine Frau.“

An Wochenenden unternehme er gern auch alleine etwas mit den noch nicht

schulspflichtigen Kindern, besuche zum Beispiel den Zoo oder die Eilenriede mit Waku- und Sonnen-Spielplatz. Alles mit dem Lasten-Fahrrad oder Öffis. „Wir haben aus Überzeugung kein Auto“, erklärt der umweltbewusste Hobby-Gemüsegärtner.

Den PIRATEN schloss er sich im April 2012 an, weil er sich gut mit der Partei-

programmatik von der Nachhaltigkeit über Datenschutz und Transparenz bis hin zur Bürgerbeteiligung identifizieren könne. Im Stadtbezirksrat will er entsprechende Themen voran bringen, etwa freies WLAN in städtischen Einrichtungen und Mitschnitte der Bezirksratssitzungen zum Nachhören im Netz. Aber auch eine digitale Verwaltung mit Mausclicks statt umständlicher

Papierformulare möchte er befördern Und natürlich weitere Nachhaltigkeitsthemen. Der erste von ihm vertretene PIRATEN-Antrag im Bezirksrat wurde einstimmig angenommen: Die Verwaltung ist damit aufgefordert, bei Erst- bzw. Ersatzpflanzungen künftig die Verwendung von Obst- oder Nussbäumen zu prüfen.

Davenstedt-West: Grünzug soll an Friedensregion in Belgien erinnern



„Wir brauchen heute viele Neutral-Moresnets, um die Krisenherde dieser Welt in Chancen für die Zukunft zu verwandeln. Angepasst an die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts haben die Vereinten Nationen so die Möglichkeit, sogenannte unlösbare Konflikte zu befrieden.“

Siegfried Egyptien
(PIRATEN),
Bezirksratsherr
in Ahlem-Badenstedt-
Davenstedt

Der Stadtbezirksrat Ahlem-Badens-
tedt-Davenstedt hat sich dafür ausgesprochen, die Grünverbindung in Davens-
tedt-West zwischen Sickenberghof und
Davenstedter Straße als „Neutral-Mores-
net“ zu benennen. Die Stadt soll entspre-
chende Schilder aufstellen. Die Initiative
dazu kam von Siegfried Egyptien (PIRA-
TEN), der damit an ein Gebiet des Frie-

dens im heutigen Belgien erinnern will. Fast hundert Jahre gab es in Neutral-Moresnet keinen Krieg - obwohl dort Galmei, das für die Zink- und Messingherstellung notwendig war, abgebaut, verhüttet und nach ganz Europa exportiert wurde. Diese außergewöhnlich lange Friedensperiode auf dem sonst kriegsgeschüttelten alten Kontinent fand erst 1914 ein Ende. Kaiserliche deutsche Truppen unter Führung des hannoverschen Generals Otto von Emmich besetzten das Gebiet bei ihrem Überfall auf Belgien. Auch daran will der PIRATEN-Bezirksratsherr mit der Namensgebung erinnern. Der Grünstreifen in Davenstedt-West mit den umgebenden Straßennamen, die an Erdzeitalter und Bodenschätze erinnern, passe gut zum heute belgischen Gebiet mit den ehemals größten Galmei-Vorkommen in Europa, sagt er.

Das historische Neutral-Moresnet entstand nach dem Ende des napoleonischen Krieges bei der Neuordnung Europas. Da sich Preußen und die Niederlande nicht einigen konnten, wer dieses Gebiet mit seinen Bodenschätzen besitzen darf, wurde es für neutral erklärt und entmilitarisiert. Neutral-Moresnet lag zwischen dem niederländischen Alt-Moresnet (Moresnet-Chapelle) im Westen, heute Teil der wallonischen Gemeinde Plombières, und Preußisch-Moresnet im Osten, heute Teil der Gemeinde Kelmis in der deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) Belgiens. Es existierte völkerrechtlich von 1816 bis 1919, wurde von einem niederländischen und preußischen Kommissar verwaltet.

Kriegsdienstverweigerer, Kriegsflüchtlinge und alleinerziehende Mütter - meist ungewollt schwanger gewordene Dienstmäd-



Statt des gelben Galmei-Weilchens, das weltweit nur in den schwermetallbelasteten Böden rund um das ehemalige Neutral-Moresnet vorkommt, blühen in der Grünverbindung in Davenstedt-West gelbe Narzissen.

chen - aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden fanden hier einen „Sicheren Hafen“ und Schutz vor Verfolgung. Die Wehrpflicht für Belgier und Deutsche wurde erst in den 1870er Jahren allmählich eingeführt.

„Wir brauchen heute viele Neutral-Moresnets, um die Krisenherde dieser Welt in Chancen für die Zukunft zu verwandeln“, ist Siegfried Egyptien überzeugt. „Angepasst an die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts haben die Vereinten Nationen so die Möglichkeit, sogenannte unlösbare Konflikte zu befrieden.“ Dazu gehöre etwa, den Wunsch der Kurd*innen nach Autonomie umzusetzen.

„Wir brauchen dringend mehr Frauenhausplätze“

Sabine Wegmann, beratendes Mitglied im Gleichstellungsausschuss, zur Geschlechterpolitik in der Landeshauptstadt



Sabine Wegmann

RATSKOMPASS: Sie beraten die Politiker*innen im Gleichstellungsausschuss des Rates. Wie sind Ihre Eindrücke?

Sabine Wegmann: Drucksachen werden wohl vor der Sitzung des Ausschusses mehrheitsfähig abgesprochen. Jedenfalls sind sie meist so formuliert, dass sie die Mehrheit der Politiker*innen abnicken. Anregende Gedanken werden so gut wie nie aufgenommen. Eine inhaltliche Arbeit findet in diesem Ausschuss kaum statt.

RATSKOMPASS: Was sollte sich Ihrer Meinung nach ändern?

Sabine Wegmann: Problemlösungen für wichtige Themen sollten im Ausschuss zumindest in Teilen inhaltlich entwickelt werden.

RATSKOMPASS: Die Stadtverwaltung setzt im Schriftverkehr seit geraumer Zeit das Gendersternchen ein. In der Lokalpresse sorgte dieser Umstand für eine heftige Debatte unter den Leser*innen. Die Verwaltung beschäftigte sich mit „Humbug“ und sei vom „Genderwahn beseelt“, hieß es etwa.

Sabine Wegmann: Das ist kein Humbug. Die Stadt bemüht sich, mit ihrer Sprachregelung die gesamte Bevölkerung anzusprechen. Die feministische Bewegung fordert

seit langem, dass Sprache die wirklichen Verhältnisse abbilden muss. Dazu gehören mehr als zwei Geschlechter. Auch Frauen kommen in der Sprache nach wie vor zu wenig vor. Dies ist ein Ausdruck von Machtverhältnissen, die in allen gesellschaftlichen Bereichen männlich dominiert sind. Sprache bildet Realität nicht nur ab, sondern produziert sie auch und beeinflusst unser Denken. Wenn ich von Handwerkern, Lehrern oder Verkäufern rede, haben wir Männer vor Augen. Frauen und andere Menschen werden unsichtbar.

RATSKOMPASS: Immer wieder müssen Frauen mit ihren Kindern wegen eines gewalttätigen Partners aus einer Wohnung fliehen. Gibt es in den drei hannoverschen Frauenhäusern genug Plätze?

Sabine Wegmann: Wir haben zu wenige Plätze. Die Arbeiterwohlfahrt hat zwar im vergangenen Sommer ein neues Frauenhaus bezogen, das aber meines Erachtens zu klein geplant war. Ich habe Frauen beraten, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Immer wieder wollten sie sich vom Partner trennen, wussten aber nicht, wohin sie gehen sollen. Geld, um sich für zwei oder drei Wochen im Hotel einzumieten, hatten sie nicht. Manchmal war es Teil der gewalttätigen Situation, dass die Partner ihnen den Zugriff auf Geld eingeschränkt oder verweigert haben. Dies nennen wir ökonomische Gewalt, die mit Beleidigungen, Bedrohungen und körperlicher Gewalt einhergeht. Wir wissen, dass der Zeitpunkt der Trennung besonders gefährlich ist für Frauen. Hier bleibt in etlichen Fällen nur der sichere Schutzraum in einem Frauenhaus. Ich habe dann in ganz Niedersachsen nach freien Plätzen in Frauenhäusern gesucht. Das ist ein langes, aufwendiges und für die Frauen unwürdiges Verfahren.

RATSKOMPASS: Wo drückt der Schuh noch?

Sabine Wegmann: Die Region hat Geld für ein barrierefreies Frauenhaus gegeben. Das ist sehr wichtig. Nachdenken muss man über die Altersbegrenzung für

Zur Person:

Sabine Wegmann hat bis zur Rente acht Jahre die Beratungsstelle gegen häusliche Gewalt der Arbeiterwohlfahrt (BISS) in Hannover geleitet. Die Abkürzung steht für Beratungs- und Interventions-Schutzstelle. In den 1980er Jahren arbeitete die Sozialarbeiterin viel mit Jugendlichen. Später begleitete sie Frauen nach der Familienphase zurück in den Beruf. Als Trainerin und Beraterin für Kommunikation und Teamentwicklung schulte sie vor allem Betriebsräte. Um ihre schmale Rente aufzubessern und ihr Wissen weiterzugeben, arbeitet die heute 66-Jährige als Springerin und Honorarkraft in verschiedenen Institutionen als Krankheitsvertretung. Sie engagiert sich ehrenamtlich in einigen Gewerkschaftsvorständen bis hinauf zur Landesebene und ist stellvertretende Landesvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Jungen in den Frauenhäusern. Man kann Jungs ab 14 nicht einfach bei einem gewalttätigen Vater lassen. Dann muss die Suche nach einem Frauenhausplatz einfacher werden. Dafür ist eine zentrale Stelle in der konkreten Planung. Alle Frauen, die in ein Frauenhaus wollen oder besser: müssen, können zunächst in dieser Sofortaufnahme unterkommen und dort drei bis vier Tage bleiben, bevor sie in ein anderes Frauenhaus umziehen. Dort können sie zur Ruhe kommen, einen Arzt aufsuchen und in ersten psychosozialen Gesprächen die nächsten Schritte planen. Diese zentrale Einrichtung ist eine tolle Sache, kann aber auf Dauer die fehlenden Frauenhausplätze nicht ersetzen. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum verschärft die Situation. Frauen, die das Frauenhaus verlassen könnten, weil sie stabil genug sind, finden keinen geeigneten Wohnraum. Die Plätze bleiben belegt, und die Frauenhäuser können keine neuen betroffenen Frauen aufnehmen.

Frauen übernehmen in der Regel immer noch rund 80 Prozent der Arbeiten für Kindererziehung, Pflegearbeit und Haushaltsführung. Das ist immer noch sehr ungleich verteilt. Da muss weiter dran gearbeitet werden, auch wenn dies kein spezielles Thema für den Gleichstellungsausschuss ist.